Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 9

Artikel: Warum wir stagnieren
Autor: Marbach, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338267

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 9
September 1970

Profil

Fritz Marbach

Warum wir stagnieren

Vorbemerkung

Um Missverständnisse und Missdeutungen zu vermeiden, sei ausdrücklich festgestellt, dass es, wenn in diesem Aufsatz von Ordnung die Rede ist, um das Prinzip der Ordnung geht und nicht, unbesehen, um die gegebene Gesellschaftsordnung die, wie wir alle wissen, in manchem der Reparatur und der Aufstockung bedarf.
Änderungen der Gesellschaftsordnung dürfen allerdings nur auf dem uns Schweizern geläufigen demokratischen Weg vor sich gehen, nicht durch «Umfunktionierung» des Bestehenden gemäss der absurden Erfindung der sogenannten «Doppelten Legalität».

Wer die politische Bühne aufmerksam beobachtet, muss über die Stagnation, wenn nicht gar über den relativen Rückgang der von der SPS aufzubringenden Wähler- und Sachfragenstimmen erstaunt sein. Er müsste im Grunde auch darüber erstaunt sein, wie wenig grundsätzlich und tiefschürfend das sozialdemokratische «Establishment» (im weitesten Sinn des Wortes aufzufassen) dieser für es sicher peinlichen Erscheinung bisher auf den Grund zu gehen versuchte. Das Interview des «Aargauer Tagblattes» mit dem neuen Präsidenten ist immerhin ermutigend.

Dieser Essai befasst sich in ebenso ernst gemeinter wie unkonventioneller Weise mit dieser für die Partei schicksalhaften Frage. Ich werfe sie im Anschluss an das Geschehen im Rahmen des letzten Parteitages in Biel auf. Jenes Parteitages, der den Genossen Nationalrat *Heinz Bratschi* mit besten Gründen veranlasst hat, die Zeitgemässheit der Schweizerischen Parteitage bisheriger Durchführung in Frage zu stellen.

Beschwichtigend könnte man sich daran erinnern, dass alles, was in der Welt geschieht, seine Entsprechung in den Dingen habe, die in der Vergangenheit geschehen sind. Allein, hier stock' ich schon, denn es gehört zum Auffallendsten unserer Zeit, dass sich ein wesentlicher Teil der sozialistischen oder sich so nennenden Jugend geschichtsunbewusst verhält. Hört man diese Jugend, könnte man meinen, sie hätte *Marx* eben erst und das erstmalig

entdeckt, und sie sei daher berufen, dem Gros der sozialdemokratischen Mitgliedschaft all das ins Bewusstsein zu bringen, was die politische Führung der Partei angeblich vergessen oder nie gekannt habe.

Das, was heute (vom Gros der Partei sich unterscheidend) «die Linke» genannt wird, lehnt daher jenes relativ gemässigte neue Vokabular ab, das sich, die politische Diskussion versachlichend, im Zuge der Menschwerdung des einstmaligen Proletariates und der Herausschälung des gewerkschaftlichen Gedankens von der Sozialpartnerschaft aufgedrängt hat. All das Grossartige und zum Teil Heroische, das die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung durch ein Jahrhundert hindurch zustandegebracht hat, wird von der extremen Linken in Missachtung der historischen Wirklichkeit übergangen. So, als wäre es nie existent gewesen.

Derweise ergeben sich zwischen dem *Gros* der Mitgliedschaft einerseits und der sich irrtümlich sozialistisch nennenden extremen Linken anderseits neben programmatischen auch verbale Differenzen, die allein schon einen echten Dialog verunmöglichen. Hier, so scheint mir, ist eine entsprechende Bemerkung am Platz: Darin, dass die Partei das wahre anarchistische Wesen dessen, was wir heute (weit über ihre Grenzen hinaus) die «Intellektuelle Linke» heissen, vor dem Bieler Parteitag nicht genügend erkannt hat oder aus der falschen Sorge heraus, Stimmen zu verlieren, nicht erkennen wollte, glauben wir (der Verfasser und manche seiner Parteifreunde) einen der wesentlichen Gründe der Stagnation unserer Stimm- und Wählerkraft zu sehen. Vor allem aber will uns scheinen, dass der Mentalität derer nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, welche Präsident *Nixon* die «silent majority» nennt. Tatsächlich gibt es diese Schweigende Mehrheit auch im Rahmen der Parteimitgliedschaft und in demjenigen des uns mental und emotional zugeneigten Stimm- und Wählervolkes. Diese Schweigende Mehrheit ist der durchaus richtigen Ansicht, dass das, was eine Gesellschaft sein soll, ohne ein klares Minimum von Ordnung und notfalls Ordnungserzwingung keine Gesellschaft ist, sondern eine Horde.

Obwohl selbstverständlich Ordnung allein nicht alles ist, obwohl im erträglich sein sollenden menschlichen Miteinandersein und Miteinanderleben soviel Freiheit wie möglich, jedoch nicht über das durch den Freiheitsanspruch der andern bestimmte Mass hinaus gegeben sein muss, gehört ein bestimmter Grad von Ordnung eben doch konstitutiv zu den Begriffen Gemeinschaft und Gesellschaft. Dies im Unterschied zur Ordnungslosigkeit, welcher Ausdruck weit besser noch als Herrschafts- oder Gesetzlosigkeit für das steht, was im Fremdwort «Anarchie» enthalten ist.

«Im Anfang war das Wort und das Wort war bei Gott und Gott war das Wort.» So der Anfang des Johannesevangeliums. Im griechischen Text steht «logos» für das deutsche Substantiv «Wort». Nun ist es so (ich verdanke diesen Hinweis meinem alten Freund *Prof. Jakob Kläsi*, dem grossen, auch in theologicis bewanderten Psychiater), dass «logos» ursprünglich nicht für das Wort «Wort», sondern für das Wort «Ordnung» steht. Eine Gegebenheit,

der *Luther* als Bibelübersetzer nicht entsprochen hat. Also müsste der Anfangssatz des genannten Evangeliums lauten: «Im Anfang war die Ordnung und die Ordnung war bei Gott und Gott war die Ordnung.»

Aus dieser uralten Erkenntnis mag ersichtlich sein, dass Ordnung und Freiheit nicht Singularitäten sind, sondern Komplemente, also einander notwendigerweise ergänzende Begriffe. Somit ist es unangängig, die Freiheit vor die Ordnung oder die Ordnung vor die Freiheit zu stellen. Beide Begriffe sind für die Gesellschaft konstitutiv. Wer Politik konstruktiv und mit Erfolg treiben will, hat diesem Umstand bei Strafe eben der Stagnation oder gar des Rückgangs Rechnung zu tragen.

Das sollte um so leichter sein, als die Natur vom Prinzip der Ordnung deutlich getragen ist. Forscher berichten uns, dass nirgends ursprünglichere Ordnung herrscht als im Urwald. Dort wird nicht wie unter den Menschen gemordet. Das Raubtier fällt nicht sinnlos an. Es tötet nur aus Hunger, und selbst dann wirkt es noch im Sinne der Ordnung, weil es, gewissermassen als Sanitäter, nur das kranke oder sonst wenig lebensfähige Geschöpf angeht. Begibt sich ein Tier zur Tränke (so will es das Gesetz des Urwaldes und der Steppe) wird es, auch wenn es noch so schwach ist, in Ruhe gelassen. So erhaben und für uns Menschen unfassbar ist das Prinzip der Ordnung in der Natur. Einzig der Affe scheint sich ihm nicht zu unterwerfen – ein Umstand, die die sonst wohl überwundene These von der Affenabstammung des Menschen doch noch einigermassen reaktivieren könnte.

Lotet man also tief genug, dann gelangt man zur Erkenntnis von der Unzweckmässigkeit eines politischen Verhaltens, das in immer grösserem Ausmass Verständnis für Ordnungswidrigkeiten bald hier, bald dort aufbringt. Durch solches immer wieder anzutreffendes Verständnis fühlt sich die Schweigende Mehrheit (wie gross sie sein kann, hat im Kanton Bern die Abstimmung über den olympischen Kredit aufgezeigt) hintergangen. Derweise gefährdet man den Erfolg von Anstrengungen, die vorher für die Glaubwürdigkeit der Partei beziehungsweise ihres doch wohl auf Ordnung nicht minder als auf Freiheit ausgerichteten Programms unternommen worden sind.

Ein auf pseudosozialistische Tiraden hereinfallender oder der irrlichternden extremen Linken in Übereifer zugeneigter Zeitungsmann vermag mit wenig Artikeln oder unüberprüften «Eingesandt» an Wahl- und Abstimmungsporzellan mehr zu zerschlagen als von soundsoviel seriösen Propagandisten je geflickt oder ersetzt werden kann. Wir verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn die Mehrheit eines nicht repräsentativ beschickten Parteitages denjenigen folgt, denen es bei Militärvorlagen scheinbar um Finanzen, in Wirklichkeit aber um die Unterhöhlung der Armee geht oder um die anarchistische Floskel von der sogenannten «Doppelten Legalität». Solche Umfunktionierung alten guten sozialistischen Gedankengutes, wie sie etwa vom neuenburgischen Regierungsrat *Meylan* und neuerdings in einem Interview des Parteipräsidenten gegeisselt worden ist, sollte aber nicht nur am Parteitag selber, sondern

auch in den Kommentaren der Parteipresse endgültige Zurückweisung erfahren. In den deutschsprachigen Parteizeitungen ist sie in Klarschrift nicht erfolgt. Unverständlicherweise haben Magistraten und Parlamentarier in Biel vorwiegend geschwiegen und damit die Annahme parteischädigender Anträge erst ermöglicht.

Ich zweifle nicht daran, dass mancher der sogenannt «progressiven» jungen Männer vom besten Willen zum Guten hin erfüllt ist. Aber leider ist jetzt nicht mehr zu missverkennen, dass ihrer allzu viele von Elementen gelenkt sind, deren Gedankengut mit Sozialismus nichts, mit Anarchismus jedoch alles zu tun hat.

Repräsentativ für diesen Kreis sind jene zahlenmässig geringen, aber von einer kurzsichtigen Publizistik ins Uferlose aufgewerteten studentischen Minderheiten. Ihnen ist es gelungen, die Ordnung an den *westdeutschen* Universitäten so ziemlich restlos zu liquidieren. Das ist keine Übertreibung, denn viele deutsche Professoren sind nicht mehr in der Lage, ihre Lehrtätigkeit auszuüben. Subversiven Studenten ist es gelungen, sie am Betreten der Hörsäle und Institute mit roher Gewalt zu hindern. «Wenn es heute an diesen Universitäten relativ ruhig ist», so lautet ein geflügeltes Wort, «dann heisst das, dass in einer eroberten Festung die Kanonen schweigen». Kurz, die Zustände an manchen deutschen Universitäten sind kriminell. Darüber in unserer Parteipresse Näheres zu vernehmen, wäre zum bessern Verständnis auch schweizerischer universitärer Verhältnisse von Belang.

Während der Niederschrift dieser Zeilen haben sich deutsche Professoren, die endlich zum Widerstand entschlossen sind, zu einer Abwehrgruppe zusammengefunden. Sie nennt sich bezeichnenderweise «Kampfgruppe zur Wiederherstellung der Freiheit der Wissenschaft». Ihr gehören Ordinarien aller drei im Bundestag vertretenen Parteien an. In Heidelberg musste der zuständige, der SPD angehörige Stuttgarter Innenminister die dortige Gruppe des «Sozialistischen Deutschen Studentenbundes» (SDS) wegen grober Ordnungsverletzung verbieten.

Bei uns ist es glücklicherweise noch nicht so weit. Aber wir sind immerhin so weit, dass an verschiedenen Fakultäten (besonders an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern) das Recht auf Mitbestimmung in ein Recht auf Erpressung «umfunktioniert» worden ist.

Es ist eine altbekannte Tatsache, dass in der Politik vielfach nicht der Sachzwang entscheidet, sondern die allzu kurzfristig konzipierte Taktik. Ich bin immer der Meinung gewesen, dass dieses Prinzip für unsere Partei und die ihr zugeordnete Presse keine Geltung haben sollte. Immerhin: hinsichtlich der studentischen Unruhen draussen und der studentischen Anmassungen auch hier tappt unsere Arbeiterschaft, soweit sie nicht auch andere als unsere Zeitungen liest, im finstersten Dunkel. Allzu viele sorgen für das Fehlen der nötigen Transparenz. Ohne dass das Gros der Arbeiterschaft es weiss, ist die Hochschulfrage leider auch bei uns längst keine Hochschulfrage mehr. Sie ist heute eine Angelegenheit einerseits von wenig standfesten Professoren

und anderseits von studentischen *Minderheiten*, denen es (unter dem reinen Vorwand reformistischer Bemühungen) um die totale «Umfunktionierung» aller bisherigen Einrichtungen, Reglemente, Verordnungen und Usanzen geht. In welche Wertskalen immer das Geltende objektiverweise einzustufen ist – die Ablehnung durch die extreme studentische Linke ist total. Sobald ich aber gewisse Parteizeitungen aufschlage, muss ich feststellen, dass mit wenig Ausnahmen die Sympathie den jugendlichen Provokateuren hier und anderwärts gehört.

Solange sich die breite, in unserer Konsumgesellschaft an wachsenden Wohlstand gewöhnte und daher etwas lethargische Bevölkerung der Wirklichkeit nicht inne wird, sieht es dann so aus, als ob diejenigen, welche jede noch so legitime Autorität und jede noch so zweckmässige hierarchische Gliederung ablehnen und nur zu oft den letzten Rest des Anstandes verlieren, die Guten und daher auch die zu Schützenden sind. Bref, es sieht dann so aus, als wäre es eine gesellschaftlich lobenswerte Tat, von parteiwegen denen beizustehen, welche jeder nicht selbstgemachten «Ordnung» im Namen extremer Freiheit den Kampf ansagen. In Wirklichkeit erreichen sie damit – zwangsläufig – nichts anderes als die Ersetzung der Ordnung durch Unordnung und in der weitern Folge durch den weit schwerer zu tragenden Zwang derjenigen, die sich um Freiheit nur gerade so lang kümmern, als sie ihnen dienlich ist. Qui bono? Jedenfalls nicht der Arbeiterschaft.

Weil die zweifellos überwiegend grosse Mehrheit der Studenten *und* der schweizerischen Bevölkerung zur «silent majority» gehört und daher wohl für Reformen, nicht aber für Niederreissung aller Ordnungsschranken aus Prinzip zu haben ist, so vermag ich nicht einzusehen, wie sich die doch wohl allzu large Haltung der Partei gegenüber so vielen Subversionen (bis hin zum den Unterricht letztlich unmöglich machenden Roten Schülerbüchlein, made in Danmark and arranged by german students) wahl- und abstimmungspolitisch bezahlt machen könnte. Wird so weitergefahren, dann wird sich auch für uns zeigen, dass eine Partei, die sich deswegen nicht sachgerecht verhält, weil sie sich nicht sachgerecht informiert, wenig Aussicht hat, die Stagnation zu überwinden, aber viel Aussicht, in den Status der Rückläufigkeit zu verfallen. Mit Balkenüberschriften wie «VPOD: Nach links und aufwärts» ist es nicht getan.

Persönlich bin ich zutiefst davon überzeugt, dass die erstaunlich nachsichtige Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber den Studentenkrawallen und andern ernsten subversiven Vorkommnissen anlässlich der letzten Wahlen zu Stimmausfällen geführt hat. Die englische Labour Party wiederum (auch hier ein zu grosses Verständnis für «extrem linke Abweichungen») verlor ebenfalls Stimmen, weil sie vor den Befürwortern gewerkschaftsfremder, wilder Streiks versagt hat. In Biel sodann (und das ist, wie man so sagt, «unsere Brunst») ist sehr viel unternommen worden, um uns die künftige Chance sicherzustellen, im Bunde der Wahlverlierer später noch eine hintere Medaille zu gewinnen. Tatsächlich sind wir, ob wir es nun wahr haben wollen

oder nicht, seit dem Bieler Parteitag mit dem Makel der Unglaubwürdigkeit behaftet. Für manche Aussenstehenden sind wir, solange der Trennungsstrich nicht gemacht wird, in die unmittelbare Nähe des die Arbeiterbewegung zerfressenden anarchistischen Partikularismus à la française gerückt. Da können sich unsere Parlamentarier in den substantiell wichtigen Belangen noch so tüchtig schlagen – semper aliquid haeret.

Ebenso nachteilig wie die wenig sachgerechte Haltung der Parteipresse gegenüber studentischen Überbordetheiten dürfte sich über kurz oder lang die separatistenfreundliche und militärfeindliche Haltung jener Superlinken am Parteitag auswirken, die die falsche Partei gewählt haben und sich daher beförderlichst eine neue anschaffen sollten. Nicht nur führen sie uns in der Angelegenheit Waffenexportverbot in eine sichere Niederlage, sie frustrieren die Grosszahl jener Parteimitglieder und Sympatisanten, denen eine schlagkräftige Armee Voraussetzung unseres staatlichen Überlebens ist. Sie frustrieren zudem breite Gewerkschaftskreise, die es satt haben, von Leuten abgekanzelt zu werden, die den Beweis der Befähigung zu konstruktiver Arbeiterpolitik erst noch leisten müssten. Mit ihrem rein emotional zustandegebrachten Beschluss der Kürzung der Militärausgaben um 20 Prozent (linear oder durch Abschaffung einer Waffengattung?) spalten sie die Fraktion und schädigen sie deren Ansehen. Mit dem gleichen deklamatorischen Geräusch innerhalb der Sowjetunion befänden sich dessen Veranstalter längst jenseits des Ural.

1937 tat *Konrad Ilg* einen Schritt nach rechts. Der Unternehmer *Ernst Dübi* machte gleichzeitig einen nach links. Dann ging der Trend der gewerkschaftlichen Erfolge und ging derjenige der industriellen Dispositionssicherheit aufwärts. Obwohl es mit der Zuverlässigkeit der politischen Windrose der extremen Linken schon kurz nach 1937 seine eigene Bewandtnis hatte, konnte es sich diese Linke in Biel nicht verkneifen, neuerdings gegen die Partnerschaftsabkommen aufzutreten. Dessen, dass sie damit auch die Institution der Gesamtarbeitsverträge im Kern trifft, ist sie sich vermutlich nicht bewusst. Stünden die Bieler Jungtürken der Partei so nahe wie sie ihr im Grunde genommen fern sind, dann müssten sie darüber nachdenken, welchen Eindruck eine solche Politik auf den grossen Teil der Arbeiterschaft macht, dem alle Sehnsucht nach wilden Streiks und Teilhabe an Milliarden von verlorenen Arbeitsstunden fehlt. Die Sehnsucht nach der Bewegung um der Bewegung willen, nach vom Zaun gebrochenen Arbeitsniederlegungen französischer, italienischer oder englischer Fasson fehlt auch der Schweigenden Mehrheit allgemein, ohne deren Konsens ausserhalb der Diktaturen noch niemand auf die Dauer Politik machen konnte.

Allerdings wissen wir, dass die «silent majority» oft eine lethargische Mehrheit ist. Aber schon ein Teil von ihr ist imstande, unser Erfolgspegel positiv zu beeinflussen. Die neue Parteileitung wird sich, kontra *Villard*, mit solchen Überlegungen zu befassen haben, wenn ihr (was ich als selbstverständlich unterstelle) daran liegt, der etwas lädierten Kurve unserer Wahlerfolge den dringend nötigen Impuls nach oben zu geben.

Für den Volkswirtschafter ergibt sich ein geradezu possenhafter Aspekt: Da gibt es inmitten des alten Europa ein kleines Land, genannt Schweiz. Es hat rund 6,2 Millionen Einwohner. Die Welt (Schätzung 1967) weist eine Bevölkerung auf von 3420 Millionen. Auf 10 000 Bewohner unserer Erde entfallen nicht ganz zwei (!) Schweizer beziehungsweise in unserem Lande Wohnende. Dieses kleine Land verfügt über keinen direkten Zugang zum Meer und, abgesehen von der weissen Kohle, fehlen ihm alle Rohstoffe. Trotzdem ist es zu einer produktionswirtschaftlichen und finanziellen Grossmacht geworden. Es macht punkto Volksvermögen und Volkseinkommen andern Nationen die Medaillenränge streitig. Es verfügt, pro Kopf berechnet, über die weitaus höchsten Währungsreserven der Welt. Absolut überspielt es in dieser Hinsicht die meisten Länder und aussenhandelspolitisch zählt es zu den zehn wichtigsten Nationen der Erde.

Kurz und gut, jenes kleine Land hat sich, bevölkerungsrelativ, wenn nicht gar zur reichsten, so doch zu einer der allerreichsten Nationen der Welt hinaufentwickelt. Bezogen auf die 25 Jahre seit Kriegsende zeichnet dafür in ganz vorderer Linie der die Kontinuität der Produktion und die industrielle und kommerzielle Dispositionssicherheit gewährleistende Arbeitsfriede. Diese, wie wenig anderes Wohlstand schaffende Institution liegt nicht in der Linie der uns viele Wähler kostenden und daher in die Schranken zu verweisenden wilden Linken vom Bieler Parteitag. Arbeitskonflikte, nur «damit etwas läuft» wären ihr lieber.

Ich weiss, ihre Wortführer werden jetzt sagen, ich sei in jungen Jahren auch nicht gerade der Zähmste gewesen. Ganz richtig. Geht in Ordnung. Ich bin stolz darauf. Nur gilt es da etwas mehr als nur Nuancen zu beachten: *Wir* kämpften an der Aufbaufront für ein gehobeneres Dasein der am Rande der Proletarität dahinvegetierenden Lohnarbeiterschaft. Die sich fälschlicherweise sozialistisch nennende extreme Linke von heute legt die Axt der Zerstörung an die ökonomischen und ideellen Voraussetzungen eines vorher nie erreichten Wohlstandes. Zudem gefährdet sie – wider alle Erfahrung – die äussere Sicherheit des Landes. Das ist mehr als eine Nuance. Es ist ein Unterschied.